

**über die öffentliche Sitzung der
Einwohnerversammlung am 26.09.2017,
Ahrensburg, Alfred-Rust-Saal, Wulfsdorfer Weg 71**

Frau Julia Granse
Frau Sabrina Trahn
Frau Claudia Valentin
Herr Mathias Horsch
Herr John Simon
Frau Vivien Boje

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Eingabe der Bürgerinnen & Bürger
 - 3.1. Verzicht von Überholstrecken
 - 3.2. Anregungen des Bürger- & Grundeigentümergebietes "Waldgut Hagen" e.V.
 - 3.2.1. Erhalt und Sicherung der Landschafts- & Naturschutzgebiete im südlichen Ahrensburg
 - 3.2.2. Schaffung von Wohnraum
 - 3.2.3. Erstellung Verkehrskonzept
 - 3.3. Lärmverträglicher ÖPNV
 - 3.4. Zeitbegrenzung bei Vorträgen bzw. Tagesordnungspunkten in den Gremiensitzungen & zusätzliche Einwohnerfragestunde
 - 3.5. Erhaltung des Ahrensburger Tunneltals
 - 3.6. Schallschutzwände an der Bahnstrecke
4. Ahrensburg WOHIN? Bundesbahn Schallschutz
5. Ahrensburg WOHIN? Flächennutzungsplan
6. Verschiedenes

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Einwohnerinnen und Einwohner sowie Herrn Dittmar von der ted GmbH, der die Einwohner in der Versammlung unter TOP 4 der Tagesordnung zum Thema Schallschutz im Zuge des Baues der S4 informiert.

Des Weiteren begrüßt er Bürgermeister Sarach und die weiteren anwesenden Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie die Presse.

Bürgermeister Wilde gibt Hinweise zum Ablauf der Einwohnerversammlung und bittet um entsprechende Einhaltung.

Zu Beginn der Sitzung sind 135 Einwohner anwesend.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Wilde verliest die Tagesordnung der Einwohnerversammlung.

Herr Prof. Dr. Hummeltenberg regt an, die Tagesordnung um den TOP „Verschiedenes“ zu ergänzen. Er möchte bei diesem Tagesordnungspunkt seine „Resolution zum SPNV-Bedienangebot auf KBS 104 nach S4-Inbetriebnahme“ und „Resolution zum Upgrade der Maßnahme ‘ABS Lüneburg-Büchen-Lüneburg’ (BVWP 2030, Projekt 2-036-Vo1) in den vordringlichen Bedarf des BSWAG“ vorstellen und über seine Anregung zur Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung abstimmen lassen. Herr Prof. Dr. Hummeltenberg erläutert seine Anregung. Die Begründung ist der **Anlage zu TOP 6** zu entnehmen.

Zudem regt **Herr Siemers** an, die Tagesordnung um die Angelegenheit „Eingabe für Bürgerinnen und Bürger“ zu ergänzen, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, Anregungen und Wünsche in die Gremien hineinzugeben.

Die Einwohner stimmen der Ergänzung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte „Verschiedenes“ als TOP 6 und „Eingabe der Bürgerinnen und Bürger“ als TOP 3 mit der erforderlichen Mehrheit zu.

3. Eingabe der Bürgerinnen & Bürger

3.1. Verzicht von Überholstrecken

Herr Plage regt an, dass auf den Bau von Überholstrecken verzichtet werden sollte, da diese nur weiter zur Lärmentwicklung beitragen. Durch den Bau der Überholstrecken wird seines Erachtens der Lärm nur verstärkt und verlagert. Zudem könnten durch den Verzicht der Überholstrecke die freistehende Fläche als Parkplätze genutzt werden (**siehe Anlage**).

Bürgervorsteher Wilde lässt über den Antrag abstimmen, der mit großer Mehrheit angenommen und zur Behandlung an die Stadtverordnetenversammlung verwiesen wird.

3.2. Anregungen des Bürger- & Grundeigentümerverschines "Waldgut Hagen" e.V.

3.2.1. Erhalt und Sicherung der Landschafts- & Naturschutzgebiete im südlichen Ahrensburg

Der Vorsitzende des **Bürger- und Grundeigentümer Verein „Waldgut Hagen“ e. V. Herr Siemers** stellt die Anregungen des Verschines vor.

Zuerst weißt Herr Siemers darauf hin, dass durch den Flächennutzungs- und Landschaftsplanentwurf massiv bestehende Landschaftsschutzgebiete bebaut würden. Diese Pläne sollten uneingeschränkt gestrichen und auf den Stand des bestehenden Landschaftsplanes zurückgeführt werden, um die ökologisch und archäologisch wertvollen Landschaftsschutzgebiete zu schützen (**siehe Anlage**).

3.2.2. Schaffung von Wohnraum

Weiter führt **Herr Siemers** auf, dass die Schaffung von Wohnraum wichtig und notwendig sei. Der **Bürger- und Grundeigentümer Verein „Waldgut Hagen“ e. V.** hat die Vorstellung, diesen durch die Nachverdichtung bzw. Teilung der bestehenden Grundstücke zu schaffen.

Der Vorsitzende Herr Siemers fordert daher eine Auflistung, in der die umgesetzten Bauanträge - bezogen auf Straßenzüge mit Angaben der genutzten Wohneinheiten - in den vergangenen zehn Jahren aufgeführt sind (**siehe Anlage**).

3.2.3. Erstellung Verkehrskonzept

Zuletzt wird um eine Erstellung eines Verkehrskonzeptes gebeten, in dem aufgeführt ist, welche Veränderungen auf die Einwohner im Ahrensburger Redder, Ahrensfelde, die Siedlung Am Hagen und das Waldgut Am Hagen zukommen wird.

Die Einwohnerinnen und Einwohner der Einwohnerversammlung stimmen anschließend mit der erforderlichen Mehrheit allen Anregungen (TOP 3.2.1 bis 3.2.3) des Bürger- und Grundeigentümerversammlung „Waldgut Hagen“ e. V. zu (**siehe Anlage**).

3.3. Lärmverträglicher ÖPNV

Als nächstes stellen **Herr Siemers und Frau Siemers** eine Anregung. Diese wird von Herrn Siemers vorgetragen. Er weist daraufhin, dass grundsätzlich ein steigender Bedarf an der Erweiterung von Buslinien besteht, sich viele Bürger jedoch von dem ausgehenden Lärm gestört fühlen.

Er bittet darum, dass die Gremien eine Lösung für alle Beteiligten finden und sich entsprechend beim Kreis Stormarn und den Unternehmen des ÖPNV positionieren (**siehe Anlage**).

3.4. Zeitbegrenzung bei Vorträgen bzw. Tagesordnungspunkten in den Gremiensitzungen & zusätzliche Einwohnerfragestunde

Herr Siemers trägt nun eine weitere Anregung von ihm und seiner Ehefrau vor. In dieser Anregung möchte Herr Siemers auf die teilweise sehr langen Gremiensitzungen aufmerksam machen. Er denkt, dass die Sitzungen durch Einführung von Zeitbegrenzungen effektiver und schneller zu Ende seien. Zudem hat Herr Siemers in anderen Gemeinden gesehen, dass dort eine Einwohnerfragestunde auch zum Ende der Sitzung vorgenommen wird.

Er bittet daher darum, dass über eine Einführung einer Zeitbegrenzung bei Vorträgen bzw. Tagesordnungspunkten in den Gremiensitzungen und einer zusätzlichen Einwohnerfragestunde zum Abschluss des öffentlichen Teils der Gremien über ausschließlich Tagesordnungspunkte, die Gegenstand der betreffenden Sitzung waren, nachgedacht wird (**siehe Anlage**).

Die Einwohnerinnen und Einwohner der Einwohnerversammlung stimmen anschließend mit der erforderlichen Mehrheit den Anregungen von Herrn und Frau Siemers zu.

3.5. Erhaltung des Ahrensburger Tunneltals

Als nächstes stellt **Herr Furken** die Anregung der **Interessengemeinschaft zum Erhalt der Bodendenkmäler und Naturschätze im Ahrensburger Tunneltal** (I.G. Tunneltal) vor.

Herr Furken führt auf, dass sich die Stadtverordneten des potentiellen UNESCO-Welterbes bewusst werden und alles erdenklich Mögliche unternehmen müssen, um den unverbauten Charakter des Tunneltals zu erhalten und eine Antragstellung zum UNESCO-Welterbe auch zukünftig möglich zu machen (**siehe Anlage**).

Die Einwohnerinnen und Einwohner der Einwohnerversammlung stimmen anschließend mit der erforderlichen Mehrheit der Anregung der I.G. Tunneltal zu.

3.6. Schallschutzwände an der Bahnstrecke

Zuletzt führt Frau **Annika Hansen** Ihre Anregung auf. Sie sagt, dass der Lärm, der von den Zügen ausgeht, zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt und fordert daher, dem Lärmschutz der Bewohner eine höhere Priorität über der Optik und Gewinne anliegender Geschäfte einzuräumen (**siehe Anlage**).

Die Einwohnerinnen und Einwohner der Einwohnerversammlung stimmen anschließend mit der erforderlichen Mehrheit der Anregung von Frau Hansen zu.

4. Ahrensburg WOHIN? Bundesbahn Schallschutz

Bürgervorsteher Wilde übergibt nach einer kurzen Einführung den Sachvortrag an den Leiter des Fachbereiches IV, Stadtplanung, Bauen, Umwelt, Herrn Kania, der in einer Präsentation die Auswirkungen durch den Bau von Schallschutzwänden (**Anlage 1**) erläutert.

Herr Kania weist insbesondere auf die negativen Auswirkungen der Lärmschutzwände hin. Er erklärt aber auch, dass es Alternativen gibt, die durch den Sachverständigen und Dipl.-Physiker Frank Dittmar, Firma ted GmbH, näher erläutert werden.

Herr Dittmar von der Firma ted GmbH beginnt mit seiner Präsentation zum Thema „Schalltechnische Optionen zur Vermeidung hoher Schallschutzwände im Innenstadtbereich“.

Er erläutert die Bereiche, die besonders vom Schall betroffen sind und zeigt auf, dass die Alternativen zur Schallschutzwand ähnliche Ergebnisse erzielen **(Anlage 2)**.

Bürgervorsteher Wilde dankt Herrn Dittmar für den Vortrag, anschließend können Einwohnerfragen gestellt werden.

Zunächst geht Herr Kania auf die zuvor geäußerte Kritik von Herrn Prof. Dr. Hummeltensberg zu den vorangegangenen Vorträgen ein.

Ein Einwohner bittet um die genaue Erläuterung, wie sich die Emissions-/Immissionsanteile der Züge in % zusammensetzten. Genauer möchte er wissen, ob bei der Berechnung die Lautstärke der Züge oder die Häufigkeit der Fahrten der Züge berücksichtigt wurden.

Herr Dittmar erklärt, dass es sich hierbei um eine komplizierte Rechnung handelt. In einfacher Form kann man sagen, dass die Emission des Fahrzeuges mit der Häufigkeit der Fahrten multipliziert wird.

Ein Einwohner möchte anmerken, dass nicht die Durchschnittswerte, sondern die Spitzenwerte stören.

Ein weiterer Einwohner meldet sich zu Wort und gibt an, dass aus seiner Sicht kein Lärmschutz erforderlich ist, da es Umgehungsmöglichkeiten gäbe die Güterzüge nicht durch Ahrensburg führen zu lassen. Seinen Äußerungen zu Folge wird in keiner Großstadt in Europa der Güterverkehr direkt durch die Innenstadt geführt, sondern immer Umgehungsmöglichkeiten genutzt. Ähnlich stellt sich der Einwohner das für Ahrensburg vor.

Es wird durch eine Einwohnerin die Frage gestellt, wie viele Züge aktuell durch Ahrensburg fahren und wie es sein wird, wenn Schallschutzmaßnahmen erfolgt sind.

Herr Dittmar von der Firma ted GmbH gibt die Prognose ab, dass die Anzahl der Züge voraussichtlich steigen wird.

Es kommt die Frage von einem Einwohner, ob die Schallschutzmaßnahmen für das ganze Stadtgebiet geplant sind.

Herr Kania nimmt dazu Stellung und erklärt, dass die ganze Strecke 18 km betrage, es jedoch geplant sei, nur für 11 km Schallschutzmaßnahmen zu ergreifen. Insbesondere im Bereich des Tunneltals soll es keine Schallschutzwände geben. Ebenfalls soll es im Bereich vom Bahnhof bis Manhager Allee keine Schallschutzwände geben, da diese die Stadtstruktur stören würden. Herr Kania führt weiter aus, dass es keinen grundsätzlichen Verzicht auf Schallschutz geben wird. Welche Schallschutzmaßnahmen hier ergriffen werden, ist noch nicht klar. Fest steht, dass die Schallschutzwände auf der Strecke verschieden hoch sein werden, sodass nicht alles zugebaut sein wird.

Es kommt eine weitere Anmerkung einer Anwohnerin. Diese sagt, dass sie es schlimmer finden würde, wenn täglich 80 Züge aufgrund der Fehmarnbelt Querung durch Ahrensburg fahren würden, als die Errichtung von Lärmschutzwänden.

Die Stadt solle dann lieber „schöne“ Lärmschutzwände errichten und so den Lärmschutz der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen.

Herr Dittmar merkt bei dieser Anregung an, dass es nicht nur auf die Anzahl der Züge ankommt, sondern auch auf die Höhe der Schallschutzwände. Denn, wenn überall einfach nur hohe Schallschutzwände errichtet werden, ist für die Anwohner im direkten Bereich der Schall kaum zu hören, jedoch würde sich das dann für die Anwohner in weiterentfernten Bereich ändern. Das liege daran, dass der Schall trotzdem über die Schallschutzwand kommt und nur einen größeren Bogen schlägt, wo der Schall dann ankommt. Der entstehende Lärm wird nur „verschoben“.

5. Ahrensburg WOHN? Flächennutzungsplan

Bürgermeister Wilde übergibt nach einer kurzen Einführung den Sachvortrag an Herrn Peter Kania, der in einer Präsentation die Anpassungen des Flächennutzungsplanes (**siehe Anlage**) erläutert.

Bürgermeister Wilde bedankt sich für den Vortrag und bietet den Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Die erste Frage kommt von einer Einwohnerin. Sie möchte wissen, ob die Stadt Einfluss auf den Preis auf dem Wohnungsmarkt hat, um so bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Herr Kania geht auf die Frage ein und erklärt, dass die Stadt nur dann Einfluss auf den Bau von sozialen/bezahlbaren Wohnungsbau hat, wenn für die Realisierung des Bauvorhabens ein B-Plan erforderlich ist. Es besteht dann die Möglichkeit, in dem B-Plan einen bestimmten Anteil für sozialen Wohnungsbau festzuschreiben.

Ein anderer Einwohner meldet sich zu Wort und fragt, warum aus der Fläche des Stormarnplatzes nicht in eigener Regie von der Stadt bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass dies immer wieder als Vorschlag von der Verwaltung in die Gremien gegeben wurde. Eine politische Mehrheit konnte jedoch nicht erzielt werden.

Des Weiteren fragt ein Bürger an, warum keine Mischgebiete errichtet werden, um so die Natur/Grünflächen zu schützen.

Herr Kania erklärt, dass in Mischgebieten auch u. a. sonstige Gewerbebetriebe zulässig sind. Jedoch gibt er zu bedenken, dass viele Einwohner nicht umgeben von großen Firmen und Unternehmen leben möchten. Er sagt, dass die reinen und allgemeinen Wohngebiete für Ahrensburg prägend sind.

Es kommt eine weitere Fragen von einem Einwohner der wissen möchte, was passiert, wenn alle Flächen des neuen Gewerbegebietes Beimoor-Süd verkauft sind.

Als Antwort auf diese Frage sagt Herr Kania, dass in den nächsten 15 Jahren genug Fläche zur Verfügung steht und daher noch kein Bedarf besteht zu überlegen, was passiert, wenn die Fläche voll belegt ist.

Ein Einwohner merkt an, dass es nicht gut sei Naturschutzgebiete als Wohngebiete auszuweisen, nur um die Zahlen des Landes zu erreichen. Man müsse die Grünflächen besonders schützen. Er möchte daher gerne wissen, warum man nicht die Flächen an der Autobahn als Wohngebiete nutzt, um die Zahlen des Landes im Bereich der Wohnraumschaffung zu erreichen.

Herr Kania weist darauf hin, dass die Flächen südlich von Großhansdorf von der Verwaltung als potenzielle Wohnbaufläche im F-Plan vorgeschlagen wurden. Dieser Vorschlag hat jedoch keine politische Mehrheit erreichen können.

Es kommt die Anfrage, wann die überarbeitete Version des Flächennutzungsplanes vorliegen wird.

Durch den Fachbereichsleiter IV Herr Kania wird erklärt, dass der neue Entwurf des Flächennutzungsplanes erst vorliegen wird, wenn die Entscheidung gefallen ist, wo die fehlenden Wohneinheiten im F-Plan ausgewiesen werden. Die endgültige Entscheidung über die Ausweisung der potenziellen Wohnflächen wird im Rahmen des F-Planes durch die Stadtverordnetenversammlung gefällt.

Es wird gefragt, inwieweit man damit rechnen muss, dass alte Beschlüsse aufgehoben werden, um die Zahlen des Landes zu erreichen. Der Einwohner dieser Frage spricht sich gegen eine Erweiterung des Wohngebietes Schmalenbeck-Ost aus.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass Varianten für die Schaffung von Wohnraum von der Verwaltung ausgearbeitet werden. Auch die Erweiterung der bestehenden Wohngebiete war eine Überlegung.

Ob eine Erweiterung des Wohngebietes Schmalenbeck-Ost erfolgen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden und wird - wie bereits zuvor von Herrn Kania erläutert - durch die Politik entschieden.

Es kommt der Vorschlag einer Einwohnerin, leerstehende Gewerbeflächen in Wohnflächen umzuwidmen.

Eine Umwidmung der Gewerbeflächen sei grundsätzlich möglich. Jedoch müssen die Eigentümer der Flächen der Umwidmung zustimmen. Zudem muss ein verträgliches Wohnen gewährleistet sein.

Ein weiterer Einwohner meldet sich zu Wort und fragt, welche Schutzfunktion der Landschaftsschutz in Ahrensburg erfüllt.

Herr Kania erklärt, dass es mehrere Kategorien von Schutzgebieten gibt. Beispielsweise sind Naturschutzgebiete, europäische Naturschutzgebiete und FFH-Gebiet zu nennen. Jeder Fall müsse gesondert geprüft werden, um sagen zu können, ob es sich um einen hohen oder niedrigen Status handele.

Bezogen auf die Vorgaben des Landes für die Bereitstellung von Wohnflächen kommt die Frage auf, was passiert, wenn diese Vorgaben nicht erfüllt werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass keine Genehmigung des Flächennutzungsplanes durch das Land erfolgen wird, wenn die Stadt die Vorgabe des Landes nicht erfüllt.

Ein Bürger möchte dazu anmerken, dass es seines Erachtens keine Konsequenzen für die Stadt Ahrensburg geben wird.

Es kommt die Frage auf, wann die Einwände der Bürger und der Politik zum Flächennutzungs- und Landschaftsplan berücksichtigt bzw. eingearbeitet werden.

Eine Einarbeitung der Einwände zum Flächennutzungsplan kann erst dann erfolgen, wenn der von der Selbstverwaltung zugestimmte Aufstellungsbeschluss vorliegt.

Ein Einwohner möchte wissen, ob es möglich ist, dass von der Stadt neu erschlossene Gewerbeflächen nicht verkauft, sondern nur verpachtet werden und die Dauer der Verpachtung zu begrenzen, um somit einen ständigen Wechsel zu ermöglichen. Idee dabei wäre, allen Unternehmen die Möglichkeit zu bieten, immer wieder eine neue Fläche nutzen zu können.

Anmerkung der Verwaltung:

Grundsätzlich wird es anderenorts bei Gründerzentren umgesetzt. Dort werden die Flächen vermietet und stehen dem Gewerbetreibenden für eine gewisse Zeit zur Verfügung. Bei Grundstücken lässt es sich schwer umsetzen, da in der Regel die Gebäude zu finanzieren sind und eine entsprechende Grundschuld bei einem Pachtverhältnis nicht möglich ist.

Der Bürgervorsteher Wilde bedankt sich für die Anregungen und sagt, dass diese in die entsprechenden Gremien gehen werden.

6. Verschiedenes

Zum TOP 6 sind noch ca. 40 Einwohner anwesend.

Zum Beginn des Tagesordnungspunktes ist der Steller der Anregung nicht mehr anwesend.

Auf Nachfrage von Herrn Bürgervorsteher Wilde, ob jemand die Anregung für Herrn Prof. Dr. Hummeltenberg übernimmt, meldet sich eine Einwohnerin (Name ist nicht bekannt). Darauf wird die Anregung des Herrn Prof. Hummeltenberg „Resolution zum SPNV-Bedienangebot auf KBS 104 nach S4-Inbetriebnahme“ und „Resolution zum Upgrade der Maßnahme ‘ABS Lübeck-Büchen-Lüneburg‘ (BVWP 2030, Projekt 2-036-Vo1) in den vordringlichen Bedarf des BSWAG“ verlesen (**siehe Anlage**).

Die Einwohnerinnen und Einwohner der Einwohnerversammlung stimmen anschließend mit der erforderlichen Mehrheit der Anregung des Prof. Dr. Hummeltenberg, die von der Einwohnerin übernommen worden ist, zu.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Vivien Boje
Protokollführerin